

# ***DIE LINKE.***

## **Kommunalwahlprogramm**

### **Stadtverband Wesseling**

**DIE LINKE. in Wesseling steht für  
eine soziale, ökologische und  
solidarische Politik!**

**Denn eine andere Politik ist möglich!**

## Vorwort

In enger inhaltlicher Anlehnung an das am 07.02.2009 verabschiedete Kommunalwahlprogramm DIE LINKE. Rhein-Erft wird das vorliegende Kommunalwahlprogramm um die Problemstellungen, Notwendigkeiten und dem, was den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt auf dem Herzen liegt, ergänzt.

Beim Kommunalwahlprogramm DIE LINKE. Wesseling richten wir den Blick in die Zukunft für Wesseling, und aller Bürgerinnen und Bürger, die in dieser schönen Stadt wohnen. Das Geschehene ist geschehen, und gehört fortan der Vergangenheit an.

**„Wer nur die Vergangenheit sieht,  
verliert den Blick für die Gegenwart und Zukunft.“**

Wir DIE LINKE. Wesseling treten an, um **gemeinsam** mit den Bürgerinnen und Bürgern diese Zukunft sozialer, ökologischer und solidarischer zu gestalten und umzusetzen.

DIE LINKE. Wesseling macht Politik für und mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht nur während des Wahlkampfes im Vordergrund stehen, sondern müssen auch nach der Wahl primäres Anliegen der Politik und der Verwaltung sein und bleiben.

Wir sind keine Eremiten, sondern leben in einer Gemeinschaft ... in einem Miteinander und Füreinander.

### **DIE LINKE. Wesseling**

---

DIE LINKE. bringt neuen Schwung, „Neue Energie“ in die Politik. Sie hat die Politik auf Bundesebene bereits verändert. DIE LINKE. wird auch die Politik auf kommunaler Ebene verändern.

***Helfen Sie mit bei dieser Veränderung!***

DIE LINKE. ist Partei aller Bürgerinnen und Bürger. Sie versteht sich als Anwalt der „kleinen Leute“ und sozial Schwachen. Ihre Mitglieder engagieren sich für kommunale Belange und der Demokratie vor Ort.

**Ihre Stimme für DIE LINKE. ist eine Stimme für soziale Politik  
und Ausbau der Demokratie vor Ort.**

**DIE LINKE. Rhein-Erft**

## **Für soziale Gerechtigkeit vor Ort!**

Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende Spaltung in Reich und Arm, in „besser Verdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle Bürgerinnen und Bürger muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Wir - DIE LINKE – treten deshalb für die Durchsetzung der folgenden politischen Ziele zu den Kommunalwahlen im Rhein-Erft-Kreis an:

## **Soziale Politik für Familien und Kinder!**

Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Über 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Arbeitnehmer mit Kindern verdienen fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Bei Familien mit drei Kindern ist mehr als jede Dritte armutsgefährdet.

Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Armut raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen, auch weil das bestehende deutsche Schulsystem mit zu den selektivsten der Welt zählt. Zugang zu höherer Bildung und Bildungserfolg hängen in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab.

**DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:**

- **Gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr.**
- **Kostenlose Startsets für einzuschulende Kinder erwerbsloser oder armer Eltern.**
- **Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in Schulen und Betreuungseinrichtungen.**
- **Eine weitere Gesamtschule im Rhein-Erft-Kreis.**
- **Regelmäßige Erstellung eines kommunalen Sozialberichts (Reichtums- und Armutsberichts) in der Kommune Wesseling und im Kreis.**

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich weiterhin ein für:**

- **Rasche Umsetzung der Bereitstellung von KiTa-Plätze für unter 3-jährige Kinder.**
- **Eine weitere Gesamtschule im Rhein-Erft-Kreis z.B. in Wesseling.**
- **Ausbau und Modernisierung der Schulen**
- **Fortschreitende Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrer und Lehrende, damit Schüler eine qualifizierte Schulausbildung erhalten, und somit eine bessere berufliche Zukunft haben.**
- **Förderung von sozialen Einrichtungen (z.B. Wesseling Tafel, Lichtblick e.V.)**

## **Die unsozialen Folgen von Hartz IV bekämpfen!**

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Die Praxis der Bewilligung von ALG II ist eine systematische Demütigung von Menschen, die unverschuldet erwerbslos sind. Mehr als die Hälfte aller ALG II – Bescheide sind rechtswidrig. Das sagt Alles.

**DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:**

- **Keine Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger/innen.**
- **Abschaffung von 1-Euro Jobs; Schaffung öffentlich geförderter und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse.**
- **Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungs- und Ombudsstellen, die helfen, soziale Rechte durchzusetzen.**
- **Einführung von Mindestlohn.**

## **Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst erhalten und ausbauen! Rekommunalisierung**

Mit der Parole „Privat vor Staat“ betreiben CDU und FDP gezielt eine verhängnisvolle Politik, die zur Verarmung und wirtschaftlichen Handlungsunfähigkeit der Kommunen führt. Die Bürger/innen werden ihres kommunalen Eigentums enteignet, damit Privatunternehmen und Private sich bereichern können. Die Kommunen verlieren ihren Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten. Privatisierung öffentlichen Eigentums bedeutet damit zugleich Entdemokratisierung. Dienstleistungen werden verteuert, und was sich nicht rechnet, wird abgebaut. Wir – die Bürgerinnen und Bürger – zahlen die Zeche.

DIE LINKE. Rhein-Erft will eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Der Personalabbau in den Verwaltungen ist zu stoppen. Rationalisierungsmaßnahmen unter dem Druck von Entlassungen lehnen wir ebenso ab, wie die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tarifflicht in Billiglohn-Gesellschaften.

Bei sozialen Diensten, in der Bildung, Gesundheit und Pflege, im öffentlichen Personennahverkehr, Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. DIE LINKE. Rhein-Erft ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen öffentlichen Beschäftigungssektors.

Die Kommunen benötigen hierzu ein aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm.

**DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:**

- **Keine Privatisierung kommunaler Betriebe und Aufgaben.**
- **Widerstand gegen die Privatisierung der Sparkassen in NRW.**
- **Wiedereingliederung („Rekommunalisierung“) ausgegliederter Betriebe und Aufgaben**

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich weiterhin ein für:**

- **Neubesetzung von Arbeitsplätzen in der Verwaltung haben nach den Qualifikationen der Bewerber, und nicht nach dem Parteibuch zu erfolgen.**
- **Verschlinkung der Verwaltungsspitze** (derzeit haben wir 2 Dezernenten und 3 Verwaltungsdirektoren. Eine Einsparung mindestens eines Verwaltungsdirektors ist möglich)

## **Sozialen Wohnungsbau fördern!**

Für DIE LINKE. Rhein-Erft gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für junge Familien, Senioren, Rentner/innen und einkommensschwache Menschen (wie beispielsweise Hartz IV-Empfänger)**

## **Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen!**

Die Verteuerung der Benzinpreise belastet Arbeitnehmer/innen, die zur Arbeit pendeln müssen, in besonders krasser Weise. Immer mehr Bürger/innen sind auf einen gut funktionierenden Personennahverkehr angewiesen.

**DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:**

- **Mehr und besser getaktete Bus- und Bahnverbindungen.**
- **Behindertengerechte Bahnhöfe und Bushaltestellen.**
- **Ein kommunales Sozialticket für Bus, Bahn und andere kommunale Einrichtungen.**

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich weiterhin ein für:**

- **Einrichtung einer Schnellbuslinie, welche die Städte der Kommunen im Rhein-Erft-Kreis verbindet (insbesondere Wesseling -> Kerpen -> Bergheim)**
- **Busverbindungen der Linie 721 auch samstags nach 17:00 Uhr und auch sonntags.**

## **Neue Energie!**

Rhein-Erft ist Energie-Kreis. Aber die etablierten Parteien im Kreis – CDU und SPD – setzen die falschen Prioritäten. Ihre Ignoranz gegenüber der Klimabelastung durch Energieerzeugung aus Braunkohle gefährdet die Arbeitsplätze im Energiesektor. Energiepolitische Alternativen sind gefragt und müssen konsequent gefördert und umgesetzt werden. Hier muss die Politik im Kreis auch den RWE-Konzern in die Pflicht nehmen, Arbeitsplätze mit Perspektiven schaffen.

**DIE LINKE. Rhein-Erft setzt sich ein für:**

- **Schaffung eines kommunalen Energiekontors zwecks Bezugs und Bereitstellung von Energie aus umweltfreundlichen Techniken zu günstigen Preisen.**
- **Rekommunalisierung der Energienetze.**
- **Sozialtarife für Strom und Gas für einkommensschwache Bürger/innen und Familien.**
- **Zwingende Einbeziehung von solarthermischen und Fotovoltaikanlagen, sowie Wärmepumpen bei allen Neubauten.**

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich weiterhin ein für:**

- **Planung und Umsetzung von Windkraftanlagen unter Einbeziehung städteplanerischer Gesichtspunkte, jedoch ohne Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualitäten, und unter Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Betriebes dieser Anlagen.**
- **Einhaltung eines Abstandes von min. 1000 Metern zu Wohngebieten.**
- **Kooperation mit benachbarten Kommunen (z.B. Bornheim) intensivieren.**

## **Bürgernahe Politik in Wesseling!**

DIE LINKE. Wesseling steht für eine Politik, welche nicht an den Bürgern vorbei gemacht wird, und auch nicht über die Köpfe derer entschieden werden soll. DIE LINKE. Wesseling steht für eine bürgernahe Politik. Viele Amtsgänge führen zwangsläufig dazu, dass weite Wege (Hürth oder Bergheim) in Kauf genommen werden müssen, um das Anliegen zu realisieren. Unsere Kinder und Jugendlichen - die Zukunft unserer Stadt – finden keine Möglichkeit, ihre Anliegen, Anregungen und Vorschläge vorzutragen.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Wöchentliche Bürgersprechstunden des Bürgermeisters.**
- **Service- und Leistungsangebot der Verwaltung ergänzen und ausbauen.**
- **Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments.**
- **Workshops in Schulen zur Bedarfsermittlung der Bedürfnisse und Forderungen unserer Kinder und Jugendlichen.**
- **Einbeziehung und Anhörung der Bürger/innen als Selbstverständlichkeit sehen.**

## **Haushaltspolitik!**

Ein Defizit von 16 Millionen im Wesseling Haushalt spricht für die derzeitige Politik und Haushaltsplanung unserer Stadt. Als Ursache benennt man primär die Sozialstruktur Wesselings. Finanzressourcen werden nicht geplant wirtschaftlich und notwendig eingesetzt, sondern erfolgen ohne einen Blick in die Zukunft, was nicht für eine wirtschaftliche Planung spricht. Eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes ist möglich und nötig. Wesseling bildet das Schlusslicht beim Hebesatz mit 403 v.H. im gesamten IHK-Bezirk Köln. Der Durchschnitt im Rhein-Erft-Kreis liegt bei 435 v.H.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Nachhaltige Haushaltskonsolidierung (sparen wo es richtig, wichtig und sinnvoll ist!)**
- **Verantwortungsvoller Umgang mit Finanzressourcen.**
- **Anhebung bzw. Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes.**
- **Keine Erhöhungen von Aufwandsentschädigungen für politische Mandatsträger!**

## **Stadtplanung!**

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind Opfer bzw. Leidtragende städteplanerischer Bausünden aus der Vergangenheit und der Gegenwart. Ohne daraus gelernt zu haben, gehen weitere Planungen in diese Richtung (z.B. „Chemtech“). Grüne Bereiche Wesselings sollen durch weitere Bausünden vernichtet werden. Bürgerinitiativen laufen bei der Politik und Verwaltung regelrecht gegen die Wand, und finden kein Gehör.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Endgültige Einstellung aller Planungen von Chemtech.**
- **Fortschreibung der Planungen und Durchführung der (Um-)Gestaltung der Fußgängerzone unter Einbeziehung der dort ansässigen Geschäftsbetreiber.**
- **Kein weiteres Einkaufszentrum (Planung NORTON-Gelände).**
- **Einbeziehung von (u.a.) Bürgerinitiativen bei Stadtplanungen und Bauvorhaben.**
- **Bevorzugte Vergabe von Planungs- und Ausführungsarbeiten an kommunale Unternehmen im Rhein-Erft-Kreis, sofern ökonomisch vertretbar.**

## **Migration / Integration!**

Um die Integration ausländischer Mitbürger weiter zu gewährleisten und zu fördern, und die sprachlichen und teils auch kulturellen Barrieren zu überwinden, bedarf es eines geförderten Integrationsprogramms; auch für ausländische Mitbürger, die keinen Rechtsanspruch (mehr) auf einen Integrationskurs haben, bzw. keiner Pflicht zum Besuch eines Integrationskurses (mehr) unterliegen.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Unterstützung im Abbau der sprachlichen Barrieren durch sprachliche Förderangebote.**
- **Förderung zur Überwindung kultureller Barrieren in ausländischen Familien.**

## **Verkehrspolitik!**

Neben den allgemeinen verkehrstechnischen Bedürfnissen innerhalb unserer Stadt, bedarf es dem Bürgerwillen nach zweier Schwerpunktbereiche, für welche wir uns einsetzen werden. Schwerpunktansatz der Bürgerinnen und Bürger sind hier weitere Parkplatzmöglichkeiten im Bereich des Krankenhauses, sowie ein ausgewiesener Fußgängerüberweg in der Dreilindenstraße.

Das Krankenhaus wird verstärkt von Dialysepatienten aufgesucht, welche oftmals nach Parkplatzmöglichkeiten vergebens suchen, da die Parkflächen innerhalb des Krankenhauses ausgelastet sind. Auch vor dem Krankenhaus ist das Angebot der Parkplatzzflächen nicht ausreichend.

Der Übergang Dreilindenstraße vom Einkaufsbereich (Rathausplatz/Fußgängerzone) zum ALDI oder umgekehrt ist oftmals ein unüberwindliches Hindernis für ältere Menschen, da die Dreilindenstraße eine ausgesprochene Breite besitzt, und Autofahrer diese Straße mit unangemessener Geschwindigkeit befahren. Selbst die dort installierten Verkehrsinseln führen zu keinerlei Beruhigung des Verkehrs.

**DIE LINKE. Wesseling setzt sich ein für:**

- **Schaffung neuer bzw. Ergänzung der Parkplatzmöglichkeiten im Bereich des Dreifaltigkeitskrankenhauses.**
- **Ausgewiesener Fußgängerüberweg im Bereich der Dreilindenstrasse.**